

**Pressemitteilung vom 5. Mai 2015**

## **Notbetreuung in den Elbkinder-Kitas während der angedrohten Kita-Streiks**

**Während der drohenden unbefristeten Streiks werden die Elbkinder weiterhin in den meisten Kitas und GBS-/GTS-Standorten eine Notbetreuung oder ein uneingeschränktes Angebot aufrechterhalten.**

„Mit den Gewerkschaften konnte leider trotz beidseitigem intensiven Bemühens keine Einigung über eine Notdienstvereinbarung erzielt werden, die eine Notbetreuung für mehr Kinder als bei den Warnstreiks gesichert hätte“, erklärt die Kaufmännische Geschäftsführerin der Elbkinder, Dr. Katja Nienaber. „Nun werden wir wie bei den vorausgegangenen Warnstreiks mit den nicht streikenden Erzieherinnen in den Kitas die Notbetreuung aufrechterhalten und zudem mit bereits für uns arbeitenden Kooperationspartnern Kontakt aufnehmen, um zu klären, inwieweit sie uns während des Streiks mehr unterstützen können.“ Zeitarbeitnehmer haben ebenfalls das Recht, zu streiken und sind daher nicht als Arbeitskräfte während des Streiks einsetzbar.

„In manchen Kitas ist die Quote berufstätiger Eltern bei 95%, so dass wir hier möglichst fair auswählen wollen, welche Kinder berufstätiger Eltern betreut werden können. Es geht uns dabei darum, Lasten zu verteilen und besondere Härtefälle zu berücksichtigen. Mit einem unternehmensweit einheitlichen Verfahren möchten wir unseren Kita-Leitungen in den schwierigen Entscheidungssituationen den Rücken stärken“, so Nienaber. Die Organisation der Notbetreuung könne jedoch erst bekannt gegeben werden, wenn der Beginn des Streiks bekannt sei. Noch wissen die Elbkinder weder, wie lange die unbefristeten Streiks dauern, noch, wann sie genau beginnen.

„Den Unmut der Eltern können wir sehr gut verstehen“, sagt Nienaber. „Einige Eltern schreiben uns, wir sollten doch den Erziehern einfach mehr bezahlen, damit dieser Streit endlich aufhört und sie keinen Ärger mehr wegen ihrer Ausfallzeiten mit ihrem Arbeitgeber bekommen. Aber leider ist das nicht so einfach.“ Die Tarifverhandlungen, die die Gewerkschaften für gescheitert erklärt haben, finden auf Bundesebene statt, ohne Beteiligung des hamburgischen Arbeitgeberverbandes AVH. Die Forderungen der Gewerkschaften haben weitreichende Folgen: Sie verändern das Lohngefüge im öffentlichen Dienst und begünstigen den Erziehungsdienst gegenüber Berufsgruppen mit vergleichbarem Ausbildungsniveau. Daraus ergeben sich Lohnsteigerungen zwischen 10% und 15%. „Dies muss von jemandem bezahlt werden. Kein Träger sozialer Dienste kann nach meiner

Auffassung eine solche Lohnsteigerung ohne Ergreifen struktureller Maßnahmen verkraften, wenn es keine zusätzlichen Mittel vom Kostenträger gibt. Kita-Leistungen in Hamburg werden zum größten Teil von der Stadt Hamburg und zu einem kleineren Teil durch Elternbeiträge finanziert“, erläutert Nienaber. „Für die Gewerkschaften haben diese Streiks hohe strategische Bedeutung. Sie versuchen in der Öffentlichkeit und bei den Eltern mit der Behauptung der unfairen Bezahlung Emotionen zu wecken und sie so für ihre Streiks einzunehmen. Faktisch verdient eine Erzieherin als Berufsanfängerin in Vollzeit bei den Elbkindern derzeit 2.478 € monatlich. Mit zunehmender praktischer Berufserfahrung steigt das Gehalt automatisch auf bis zu 3.319 € monatlich an. Hinzu kommen eine Jahressonderzahlung, eine leistungsorientierte Bezahlung und eine betriebliche Altersversorgung sowie 30 Tage Urlaub.“

Das Forderungspaket der Gewerkschaften ist sehr umfassend und wegen der Strukturveränderungen von hoher strategischer Bedeutung für weitere Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst. „Wir gehen daher davon aus, dass eine schnelle Einigung nicht möglich sein wird. Wir bedauern sehr, dass die Leidtragenden dabei die Eltern sind“, sagt Nienaber.